

Wird 2000 ein Erlassjahr?

Seit Beginn der Schuldenkrise wird über substantielle Streichung der Schulden der ärmsten Länder diskutiert. In den Jahren haben Schuldenstreichungskampagnen aus der ganzen Welt unter dem gemeinsamen Nenner „Jubilee 2000“ ihr Ziel auf dieses Jahr gesetzt. Der Anbruch des neuen Milleniums ist eine gute Zeit für eine Standortbestimmung.

In mehr als 50 Ländern fordern Erlassjahr bzw. Jubilee 2000 Kampagnen einen weitreichenden Schuldenerlass für die armen hochverschuldeten Länder des Südens sowie die Schaffung eines fairen und transparenten Verfahrens für die Lösung künftiger Überschuldungskrisen. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Situation in den verschiedenen Ländern setzen die Kampagnen national eigene Schwerpunkte.

In Grossbritannien, Peru, Uganda, Sambia, Bangladesch oder etwa Deutschland hat „Erlassjahr 2000“ bereits breite Kreise der Bevölkerung erreicht. Dies zeigte sich unter anderem an der grossen Zahl der Unterschriften aus diesen Ländern, die beim Weltwirtschaftsgipfel in Köln im Juni 1999 übergeben wurden. In anderen Ländern beginnt die Kampagne dagegen gerade erst, breiter Fuss zu fassen - und es muss noch viel Arbeit investiert werden. Dies gilt für einige Länder des Südens ebenso wie etwa für die USA. Je nach Stärke der Kampagne und Geschichte des Landes ist auch die Strategie der jeweiligen Bündnisse verschieden. In **Uganda** kooperiert die dortige Jubilee 2000 Kampagne eng mit der Regierung und wird entsprechend von vielen Parlamentsabgeordnete unterstützt. Uganda erhielt 1997 als erstes Land im Rahmen der von den Hauptgläubigern getragenen „HIPC-Initiative“ für arme hochverschuldete Länder einen begrenzten Schuldenerlass. Die ugandische Regierung sicherte zu, dass die freiwerdenden Mittel für die Ausweitung und Verbesserung der Grundschulbildung ausgegeben werden. Zusammen mit der Weltbank wacht die ugandische Jubilee Kampagne über die korrekte Verwendung der Mittel. Viel Unterstützung in Regierungskreisen findet auch die Schuldenstreichungskampagne in **Norwegen**. Dies liegt allerdings nicht zuletzt daran, dass Norwegen nur noch relativ geringe Ausstände bei Entwicklungsländern hat und zudem über einen Haushaltsüberschuss (Ö!) verfügt.

Ungleich schwerer hat es da die **japanische** Kampagne. In einem Land, das in den letzten zwei Jahren mehr Schulden gemacht hat als alle 41 hochverschuldeten armen Staaten zusammen in ihrer Geschichte und wo eine Reihe der grossen Bankhäuser vor dem Bankrott steht, hat es eine Entschuldungskampagne sehr schwer. Zudem fehlt dort der in anderen Gläubigerländern wichtige Rückhalt in grossen christlichen Kirchen.

In **Argentinien** erwartet das "Forum Auslandsverschuldung" (FORDEX) seit Monaten das Urteil in einem seit 1982 laufenden Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof des Landes. Wegen gravierender Verletzungen der argentinischen Verfassung soll einen Teil der unter der argentinischen Militärdiktatur eingegangenen Verpflichtungen für illegitim erklärt werden. Die Schuldenstreichungskampagne in **Kamerun** legt grossen Wert auf sogenannte Gegenwertfonds: Die durch einen Schuldenerlass freiwerdenden Mittel sollen zum Teil von der Regierung in einen Fonds eingezahlt werden, den kamerunische Nichtregierungsorganisationen verwalten und der direkt zur Armutsbekämpfung eingesetzt wird. Dadurch soll verhindert werden, dass lediglich korrupte Regierungen von einem Schuldenerlass profitieren.

Vielerorts geht die Diskussion weit über die reine Forderung nach Schuldenerlass hinaus: „Für uns bleibt der Schuldenerlass ein unerreichbares Wort in den Wolken, solange wir bei unserem täglichen Kampf um das Überleben nicht direkt erleben, dass die Regierung das Geld für den Wiederaufbau in unseren Dörfern investiert und nicht in die Taschen der Reichen gesteckt hat“, meinte Doña Gregoria Ochoa von der Bürgervereinigung aus La Lima in **Honduras**.

In vielen Ländern des Südens steht heute nicht die sofortige Schuldenerlassung, sondern die Diskussion darüber, wie ein Erlass den Armen zugute kommen soll im Vordergrund. Daneben gibt es im Süden Kampagnen, die eine sofortige Schuldenerlassung fordern oder sogar Wiedergutmachung dafür verlangen, dass mit Krediten verbrecherische Regime an der Macht gehalten worden sind. **Südafrika** mit seiner besonderen Geschichte ist hierfür ein gutes Beispiel.

Doch trotz aller Unterschiede: Auch im Jahr 2000 wird die Kampagne weltweit für einen Schuldenerlass eintreten. Und wichtige Entscheidungen müssen fallen.

Nachspann zum Kölner Gipfeltreffen

Die zentrale Behandlung des Schuldenthemas beim Weltwirtschaftsgipfel in Köln im Juni des letzten Jahres war ein grosser Erfolg der „Erlassjahr 2000“ Kampagne und der weltweiten Jubilee-Bewegung. Die dort verabschiedete „Kölner Schuldeninitiative“ griff einige Forderungen der Kampagne auf. Es sollen mehr Schulden für eine grössere Gruppe von Ländern erlassen und der Erlass mit der Armutsbekämpfung verknüpft werden. Die Umsetzung der Beschlüsse werden wir in den nächsten Monaten mit kritischer Aufmerksamkeit begleiten. Schon heute lässt sich absehen, dass die Kölner Beschlüsse für manche Länder eine Verbesserung bringen werden.

Doch die Beschlüsse sind, auch das ist absehbar, nicht ausreichend, um einer Milliarde Menschen wirklich die Aussicht auf einen weitgehend schuldenfreien Start ins neue Jahrtausend zu geben. Dazu ist wesentlich mehr notwendig:

- Ein weitergehender Schuldenerlass für mehr Länder.
- Die Umsetzung grundlegend veränderter Bedingungen für den Erlass.
- Ein Internationales Insolvenzrecht.

In den letzten Wochen vor dem Beginn des Jahres 2000 haben die Regierungen der USA, Grossbritanniens, Kanadas und Italiens vollständige Schuldenerlasse für die meisten der armen hochverschuldeten Länder angekündigt. Zwar sind die Beträge der drei angelsächsischen Länder relativ bescheiden und die Auswirkungen der italienischen Vorhabens noch unklar. Zudem wird für jedes Land einen Schuldenerlass an die Erfüllung der wirtschaftspolitischen Auflagen gebunden, die von Internationalen Währungsfonds ausarbeitet wurden.

Interessant sind die Ankündigungen der USA jedoch trotzdem, da sie den Erlass unabhängig von den Entscheidungen der andern Gläubiger aussprechen wollen. Die Finanzierung ist allerdings erst für ein Jahr gesichert. Interessanterweise wollen die USA bilateral Schulden erlassen, stellen jedoch kein Geld für den multilateralen Erlass durch die internationalen Banken wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zur Verfügung.

Diese neuen Beschlüsse zeigen, dass mindestens drei G-7 Regierungen die Unzulänglichkeit der Kölner Beschlüsse erkannt haben: Es muss mehr getan werden!

Entscheidende Phase

Die Entwicklungen in der ersten Jahreshälfte sind entscheidend für das, was im Jahr 2000 erreicht wird:

- In der ersten Jahreshälfte erfahren viele Staaten, wie viele Schulden ihnen im Rahmen der in Köln gefassten Beschlüsse gestrichen werden.

- In vielen Schuldnerländern wird in dieser Zeit über die Armutsbekämpfungsprogramme beraten, welche in Zukunft eine zentrale Bedingung für einen Schuldenerlass sein sollen. Die Erlassjahr-Kampagnen in den Gläubigerländern müssen die Partner im Süden unterstützen, sich in diese Prozesse aktiv einzubringen und sehr kritisch beobachten, ob auf diesem Weg tatsächlich eine grundlegende Reform der Strukturanpassungsprogramme angestossen wird.
- Im Laufe des Jahres müssen Kreditgeberländer die Mittel für zukünftige Schuldenerlasse in ihren Budgets vormerken.
- Anfang Juli treffen sich die Finanzminister der G-7 Staaten und bereiten die Beschlüsse des nächsten Weltwirtschaftsgipfels vor.
- Ende Juli tagt der nächste Weltwirtschaftsgipfel in Okinawa (Japan). Hier könnte beschlossen werden, mehr Länder unter veränderten Bedingungen zu entschulden - und damit die Forderungen von „Erlassjahr 2000“ vollständig umzusetzen.

Es bleibt demnach viel zu tun im Jahr 2000. Weltweit.

von Friedel Hütz-Adams
Erlassjahr 2000 Kampagne, Siegburg
www.erlassjahr2000.de